

Asienhaus



Business as usual

**Hilfe, Wiederaufbau und der Status Quo –
Entwicklungen am Indischen Ozean**

Niklas Reese

Inhalt

I.	Einleitung.....	3
II.	Es trifft vor allem die Armen.....	3
III.	Menschenrechte auf dem Abstellgleis	5
IV.	Aus Aceh und Sri Lanka nichts Neues.....	6
	1. Wiederaufbau in Aceh	6
	2. Der Friedensprozess	7
	3. Wiederaufbau in Sri Lanka	8
	3. Der Konflikt mit der LTTE	9
V.	Folgen des Hilfebooms.....	10
	Wann machen Partnerschaften Sinn?	13
VI.	Carepakete mit Hintergedanken.....	13
	Die USA	13
	Die asiatischen Helfernationen	14
	Australien	14
VII.	Eine wohlbekannte Melodie – Strukturanpassung durch die Hintertür.....	15
	Shrimps fressen Mangroven	15
	Weißer Strände, schwarze Stunden	16
	Elendsviertel, Elendige Folgen	18
	Katastrophale Hilfe	18
	Interesse an Schwachen Staaten	21
	Fazit	22
VIII.	Ist die Bewusstseinswende angestoßen?	23
IX.	Weiter Denken – Welt verändern	24

Niklas Reese ist Mitarbeiter des Sozialprojekts des Asienhauses Essen

Die Meinungen, die in den vom Asienhaus herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© März 2005, Asienstiftung, Essen

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Asienstiftung für das Asienhaus Essen, Bullmannau 11, 45327 Essen

Telefon: +49 . 201 . 830 38-38; Fax: +49 . 201 . 830 38-30;

asiensstiftung@asienhaus.de

<http://www.asienhaus.de>

I. Einleitung

Über 300,000 Menschen sind bei der Flutkatastrophe am Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 auf einmal ums Leben gekommen. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) schätzt, dass mehr als zwei Millionen Menschen unmittelbar oder mittelbar betroffen sein dürften, indem sie ihr Leben oder ihren Besitz verloren haben, schwerwiegende körperliche und seelische gesundheitliche Folgen davongetragen haben oder der Tsunami ihre Einkommensquelle zerstört hat.

Die betroffenen Regionen liegen in sieben verschiedenen Ländern: Aceh /Indonesien (mit mindestens 124,000 Todesopfern, 120,000 Vermissten und 400, 000, die die Fluten obdachlos gemacht haben), Sri Lanka (zwischen 31,000 und 38,000 Todesopfer), Thailand, Indien, Malaysia, die Malediven - und in geringem Ausmaß auch Burma und einige afrikanische Länder. In Thailand sind die Hälfte der Opfer Tourist/innen aus vieler Herren Länder gewesen.¹

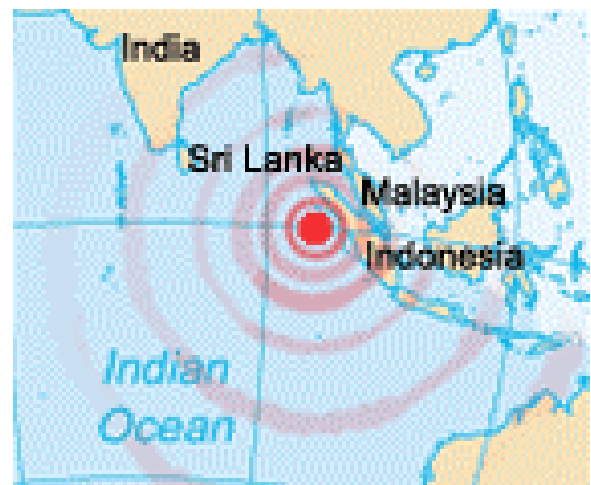
Obwohl 1976 bei dem Erdbeben von Tangshan ca. 600,000 Menschen ihr Leben verloren haben, gilt der Tsunami vielen als die erste wirkliche globale Naturkatastrophe. Er hat eine finanzielle Unterstützung und eine Woge des Mitgeföhls ohnegleichen ausgelöst. In Deutschland sind in den vergangenen zwei Monaten mehr als 500 Millionen Euro gespendet worden. Soviel, dass mittlerweile die meisten Hilfsorganisationen darum bitten, für andere Krisenregionen zu spenden. Die Bundesregierung musste nachlegen und hat schließlich ebenfalls 500 Millionen Euro zugesagt. Zählt man die Spenden in anderen Ländern und Finanzausgaben ihrer Regierungen und der internationalen Finanzinstitutionen hinzu,

¹ (Süd-)Indien hat : 10,800 Tote und 5,600 Vermisste zu beklagen; Thailand 5,400 Tote und 3,000 Vermisste. In Burma soll es v.a. wegen der intakten Mangrovenwälder nur 90 Tote gegebene haben. Ein beliebter politischer Witz aus Burma meint aber, die Flutwelle hätte kehrt gemacht, als die Militärmachthaber ihr erklärten, sie hätten das Land bereits zerstört.

sind insgesamt bis zu sieben Milliarden Dollar für die Flutopfer zusammengekommen.

Schweigeminuten auf öffentlichen Plätzen, in Behörden und vor Erstligaspielen, Gala-konzerte und Benefizspiele – weltweit wurde an dem Leid der Opfer Anteil genommen. So etwas gab es seit dem 9.11.2001 nicht mehr – und dann auch noch wegen einer Katastrophe im globalen Süden! "Die Reaktion auf die Tsunami-Flutkatastrophe“, so Bernice Romero, Advocacy-Direktorin von Oxfam International, „hat positiv gezeigt, wie die Welt massive Ressourcen mobilisieren und Leben retten kann, wenn der politische Wille vorhanden ist“.

Zwei Monate sind seit der Flutwelle vergangen, die Hilfsoperation kommt in ihre zweite Phase. Nach Nothilfe ist nun Wiederaufbau angesagt. Langsam zeichnet sich ab, wo die Reise hingeht.



II. Es trifft vor allem die Armen

Bis auf Sri Lanka und die Malediven sind die ökonomischen Auswirkungen der Flut auf die Volkswirtschaften in der Region gering, so die ADB. Entweder gehören die betroffenen Regionen, da sie meist ländlich und ohne viel Industrie sind, nicht zu den volkswirtschaftlich bedeutsamen Gegenden und die vorhandene Infrastruktur ist kaum in Mitleidenschaft gezogen worden – oder aber - wie im Fall der thailändischen Touristengebiete – man kann darauf hoffen,

dass der Wiederaufbau und die vielen bereitgestellten finanziellen Mittel ein wirtschaftliches Wachstum auslösen. Manche Regionen können gar damit rechnen, dass erste Mal in den Genuss einer wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen.

Aus Indonesien, Thailand und Indien ist bekannt, dass die Börsenkurse nach der Flut erst einmal gestiegen sind. Investmentmanager gehen davon aus, dass die Region wirtschaftlich gestärkt aus der Katastrophe hervorgehen wird. Daher raten sie, Anleger sollten gerade jetzt in die Region investieren.

Dennoch reichen die sieben Milliarden Dollar, die zusammengekommen sind, nach Angaben der UNO-Koordinatorin für die Fluthilfe, Margareta Wahlstrom, nicht aus. Sie geht davon aus, dass weitere zehn bis zwölf Milliarden Dollar für den Wiederaufbau benötigt werden und dass noch drei bis fünf Jahre verstreichen, bis der Wiederaufbau abgeschlossen sein wird. In Indonesien - so der Internationale Währungsfonds (IWF) - werden in den kommenden fünf Jahren bis zu fünf Milliarden Dollar für den Bau von Häusern, Straßen und Infrastruktur gebraucht. Da in Sri Lanka die Infrastruktur erheblich beschädigt worden ist, seien dort rund 1,6 Milliarden Dollar an Wiederaufbaumitteln notwendig, so IWF und Weltbank.

Doch der gesamtwirtschaftliche Blick ist nicht der Blick der „kleinen Leute“. Die Häuser und Hütten, die von der Flutwelle zerstört wurden, waren vor allem die der Armen, die nah am Meer leben (müssen). Ihre Behausungen waren oft eher Bruchbuden, die der Flut nicht standhalten konnten. An vielen Orten ragt aus den Trümmern ein einzelnes Haus heraus, da es mit festem Baumaterial errichtet wurde. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass insgesamt etwa eine Millionen Jobs verloren gegangen sind. In Aceh alleine 600,000, in Sri Lanka an die 400,000. Viele der Betroffenen leb(t)en von der Fischerei und können erst einmal nicht mehr auf Fang gehen, weil ihre Boote und Netze zerstört wurden. Andere haben gar kein geregeltes Einkommen gehabt oder

lebten vom Kleinhandel. Da aber kaum ein Mensch in den Armenghettos noch Geld hat, bleiben ihre Kunden aus.

Der Fischfang dürfte eine wenig hoffnungsvolle Zukunft vor sich haben. Durch die Flutwelle sind neben Häusern und Fischereigerät auch viele Korallenriffe vor der Küste zerstört worden, die als Laichplätze der Fische dienten. Die Nachfrage nach Fisch ist zudem massiv zurückgegangen. Viele Menschen glauben, dass sich die Fische von den Leichen ernähren, die von den Wellen in das Meer geschwemmt wurden. Der tägliche Gewinn von Fischhändler/innen soll um bis zu 80 Prozent gesunken sein.

Landwirtschaftlich genutzter Boden wird Jahre brauchen, bis er sich von den großen Mengen Salzwasser erholt hat, die die Flut mit sich brachte. Aus Südindien hört man, dass die Bauern mindestens drei Jahre abwarten müssen, bis sie wieder säen und ernten können.

Alle diese Menschen haben nicht nur ihre Einkommensquelle verloren, sondern meist auch ihren gesamten Besitz. Im Süden Sri Lankas hatten viele arme ihre Hütten zwischen den Eisenbahnschienen aufgebaut, weil sie sich es nicht leisten konnten, ein Stück Land zu kaufen. Sie haben wirklich alles verloren. Denn da sie als Landbesetzer gelten, steht ihnen nicht einmal eine staatliche Ausgleichszahlung zu.

Was in den Chefetagen der Versicherungskonzerne für Erleichterung gesorgt hat, macht die Situation der Armen nur noch schlimmer. Weil sie in der Regel nicht einmal eine Versicherung abschließen konnten, sind sie finanziell auf sich allein gestellt. Die Regierungen der jeweiligen Länder haben nur denen (ziemlich geringe) Beträge zugesagt, die ihre Existenzgrundlage verloren haben.

Die ILO geht davon aus, dass wenn die Hilfe für den Wiederaufbau zügig den Armen zukäme, bald schon die Häuser, die Infrastruktur und die Betriebsstätten wieder so hergerichtet sein könnten, dass 60 Prozent der Betroffenen sich Ende des Jahres wieder selbst versorgen könnten und 85 Prozent Ende 2006. Die ILO empfiehlt außer-

dem den (Wieder-)Aufbau von sozialen Sicherungs- und Schutzinstitutionen (*social safety + social protection*) für den formellen wie auch den informellen Sektor.

Doch mit Nothilfe und Ausgleichszahlungen allein ist den Fischern langfristig nicht wirklich geholfen. Damit sie auch in Zukunft noch vom Fischen leben können, müssen sie gegen die Konkurrenz durch industrielle Fangflotten geschützt werden und sind auf den Schutz der maritimen Ökosysteme angewiesen.

Ohne eine armutsorientierte Entwicklungspolitik werden die Armen weiterhin die Hauptopfer von kommenden Naturkatastrophen sein. Sie müssen an gefährlichen Stellen siedeln, wenn durch die Marktmechanismen alles übrige Land durch wohlhabendere Menschen und Unternehmen beansprucht wird. Sie werden die Ressourcen, derer sie habhaft können, übernutzen müssen, um zu überleben und werden weiterhin diejenigen sein, die vornehmlich unter den ökologischen Schäden zu leiden haben.

III. Menschenrechte auf dem Abstellgleis

In Krisensituationen werden Menschenrechte erfahrungsgemäß schnell anderen Problemen untergeordnet, so amnesty international. Frauen, Kinder als auch soziale und ethnische Minderheiten werden gegenwärtig erneut Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

In den überfüllten und personell unterbesetzten Flüchtlingslagern sind sie besonders von Gewalt bedroht und werden benachteiligt. „Die Identitäten von Mann und Frau, Kaste und Unberührbarkeit“, so Rohini Ghadiok im Indian Express vom 8. Februar, „sind so mächtig, dass sich der Verlust von Leben und Angehörigen dagegen wie ein trivialer Unfall ausmacht.“

Aus Flüchtlingslagern werden Vergewaltigungen und die sexuelle Belästigung von Frauen gemeldet. In Aceh drohen Kinder [die Flut hat 30000 Kinder zu Vollwaisen gemacht] von einer Adoptionsmafia verschleppt zu werden, in Sri Lanka werden

sie von Rebellen der Tamilischen Tiger (LTTE) zwangsrekrutiert. Frauen und Kinder trauen sich nicht, nachts ihre Notunterkünfte zu verlassen, um Wasser zu holen. In Südindien werden Frauen, die nach Verlust ihres Mannes zur (alleinigen) Familiernährerin geworden sind, vom Staat nicht unterstützt.

Dort werden in Flüchtlingslagern v.a. die sogenannten Unberührbaren (Dalits), die Parias der Kastengesellschaft, von denen es Indien insgesamt 160 Millionen gibt, bei der Verteilung der Hilfsgüter benachteiligt.² Die Diskriminierung der Dalits ist zwar gesetzlich verboten, aber soziale Strukturen sind zäh.

In den Medien der Provinz Tamil Nadu wird von vielen Fällen berichtet, in denen Dalitgemeinden bei den Hilfslieferungen übergangen wurden und Dalits von Flüchtlingslagern ausgeschlossen worden sind. Sie wurden in eigens für sie errichtete Flüchtlingslager gebracht – natürlich mit niedrigerem Standard. Zuvor hat man sie jedoch gezwungen, Leichen und Trümmer beiseite zu schaffen, und das (fast) ohne Schutzkleidung – eine Arbeit, die Angehörige höherer Kasten für schmutzig und ihrer unwürdig betrachten.

Ein 35-jähriger Dalit, Vater von drei Kindern, berichtet, dass vierzig Familien aus seiner Gemeinde in einem Flüchtlingslager untergekommen seien. „Aber schon nach zwei Tagen bekamen wir von den Fischerfamilien Ärger. Sie erlaubten uns nicht, gemeinsam mit ihnen zu schlafen und zu essen, denn sie wollten nicht unter einem Dach mit uns untergebracht sein. Wir wurden gezwungen zu gehen.“

Eine 28-jährige Dalit, Mutter von zwei Kindern, berichtet, dass ihr ein Fischer erklärt habe, sie bekämen nur etwas zu essen, wenn etwas übrig bleibe. „Immer wenn ein Laster mit Hilfslieferungen ankam, haben die erst Sachen für sich entladen. Was übrig blieb, hat man zu uns rübergeschoben.“

² Ein Grund dafür ist, dass die Hilfsgüter oft in Hindutempeln verteilt wurden – zu denen die Dalits keinen Zugang haben.

Eine Fischerin rechtfertigt sich und meint. "Wir haben alles verloren, unsere Häuser, unsere Boote und unsere Angehörigen. Die haben ihre Strohdächer, ein paar Ziegen und vielleicht eine Sichel und einen Spaten verloren." Mit einer ähnlichen Argumentation haben Regierungsstellen Fischerfamilien bevorzugt versorgt, die landlosen Dalits, meist ohne feste Beschäftigung, bekamen kaum etwas ab.

Der Inder Niruj Revathi vom *Alternative Law Forum* fragt in seinem Bericht über die Wiederaufbaumaßnahmen in Tamil Nadu: "Heißt Wiederaufbau, dass man denen, die Ressourcen verloren haben, ihnen diese bis zur ursprünglichen Menge ersetzt und diejenigen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt waren, dort lässt, wo sie waren, am untersten Rand der Hierarchie? Oder sollte die Politik nicht vielmehr versuchen, das Problem der sozioökonomischen Marginalisierung anzupacken?"

Thailand hat erklärt, es werde burmesische Migrant/innen ohne Aufenthaltsgenehmigung abschieben (darauf nach internationalen Protesten aber vorerst verzichtet) – Hilfe hatten sie nach der Flut ohnehin nicht erhalten, stattdessen wurden sie in den Medien kollektiv als Plünderer diffamiert. Von staatlicher Seite ist bedauerlicherweise in punkto Schutz der Menschenrechte nicht viel zu erwarten. In allen Flutländern ist es nämlich nach Angaben von ai in den letzten Jahren zu schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch den Staat gekommen.

IV. Aus Aceh und Sri Lanka nichts Neues

Nach der Flutkatastrophe ist vor der Flutkatastrophe. An den gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen hat sich nach dem 26. Dezember 2004 bislang kaum etwas geändert. Das wird deutlich, wenn man etwa nach Aceh und Sri Lanka schaut, die Regionen, die am meisten vom Tsunami in Mitleidenschaft gezogen wurden.

1. Wiederaufbau in Aceh

In den letzten Wochen haben die ersten Flutopfer die Zelte, Moscheen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäude verlassen können, in denen sie behelfsmäßig untergekommen waren. Die 11,500 Menschen sind in Begleitung des Militärs in 300 Holzbaracken gezogen, wo sie die nächsten zwei Jahren leben sollen, bis ihre neuen Häuser fertiggestellt sind. Weitere 90,000 Menschen sollen noch in solchen Baracken untergebracht werden.

Menschenrechtsgruppen sehen die Gefahr, dass die Armee durch die Zusammenlegung in Sammelunterkünften die Bevölkerung unter Kontrolle behalten möchte. Böse Erinnerungen kommen hoch, da das Militär in Aceh früher auch Camps angelegt hatte, um die Bevölkerung zu kontrollieren und die Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen.

Die Armee hat sich ohnehin als Menschenrechtsverletzer einen Namen gemacht. „An welche Angriffe auf Leib und Leben Du auch denkst, Aceh kennt ihn“, so die Analystin Djinora Velasco vom Institute for Popular Democracy in Manila. "Wahllose Kontrollstützpunkte, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen, Folter, Misshandlung von Gefangenen, Mord und Verschwindenlassen. Natürlich alles im Namen der 'Terrorbekämpfung'."

Auch in den letzten zwei Monaten ist es zu Menschenrechtsverletzungen durch das Militär gekommen, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. (Nur 600 der 39,000 Soldaten in Aceh sind für die Hilfsarbeit abgeordnet worden. Die übrigen Soldaten bekämpfen weiterhin die Separatistenbewegung GAM.)

Sieben Bewohner von Gampung Bale, die nach Angehörigen suchten, seien am 28. Dezember bei einer Kontrolle vom Militär aufgefordert worden, sich auszuziehen und seien dann umgebracht worden. Andere Dorfbewohner/innen wurden dann gezwungen, sie zu beerdigen. Am 27. Januar eröffneten die Armee bei einer Militäroperation das Feuer auf Bewohner des Dorfes Darusalem. Drei Menschen starben. Dem Bürgermeister wurde untersagt, ihre Leichen

zu beerdigen. „Lass sie verrotten“, befahl ihm der Kommandeur der Truppe.

Am 2. Februar hielt das Militär Autos auf der Straße von Medan nach Banda Aceh an. Viele persönlichen Habseligkeiten wurden konfisziert. Ein Mann wurde verhaftet, zusammengeschlagen bis er ohnmächtig wurde und dann auf die Ladefläche des Militärlasters geworfen. Von ihm fehlt noch jede Spur. Am gleichen Tag schoss das Militär auf eine Frau, die sich auf dem Weg zur Entbindung ins Krankenhaus befand. Sie verblutete noch bevor das Krankenhaus erreichte.

Das Militär kontrolliert weiterhin größtenteils die Hilfsgüterströme und leitet sie über ihren Militärflughafen in Medan, wo die Güter zuweilen auch einfach verrotten. Sie werden eingesetzt, um die Bevölkerung gefügig zu machen. Und die Soldaten bereichern sich an den Gütern. Ausländische Hilfskonvois werden oft illegale Gebühren auferlegt.

Ein bekannter Anti-Korruptionsaktivist, Farid Faqih, wurde verhaftet und schwer misshandelt, nachdem er behauptet hatte, die Regierung würde die Zahl der Opfer übertreiben, um mehr Geld zu bekommen. Außerdem warf er dem Militär vor, Hilfsgüter zu stehlen. "Man versucht, die Nichtregierungsorganisationen von der Überwachung des Wiederaufbaus abzuhalten", meint Hayie Muhammad, der zur Anti-Korruptions-NGO Procurement Watch gehört. "Was Farid Faqih zugestoßen ist, war eine Art Schocktherapie, die als Botschaft an andere gedacht ist."

Das Forstministerium plant derzeit für den Bau von 123,000 Häusern, Schulen und Fischerbooten 8,5 Millionen Kubikmeter Holz im Gunung Leuser National Park zu schlagen. Der Park ist UNESCO-Weltkulturerbe, weil die 850,000 Hektar tropischen Regenwaldes als "umfassendes Ökosystem" gelten. Er ist einer der letzten Orte, an denen der vom Aussterben bedrohte Sumatra-Tiger, Orang Utans, Nashörner und Elefanten leben. Umweltschützer haben ausländische Staaten gebeten, Holz bereitzustellen. Schweden hatte sich

schon bereit erklärt, nach Aceh Holz zu liefern.

Forest Watch Indonesia zufolge sei es sehr gefährlich, wenn all das benötigte Holz in Indonesien selbst geschlagen würde, weil dies den illegalen Einschlag fördern würde. In Indonesien, wo sich 10 Prozent des weltweit noch verbliebenen tropischen Regenwaldes befinden, wurden nur 20 Prozent der 70 Millionen Kubikmeter, die 2004 landesweit abgeholzt wurden, legal geschlagen.

2. Der Friedensprozess

Im Februar hat eine zweite Runde von Friedensverhandlungen zwischen indonesischer Regierung und GAM in Helsinki unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtissari stattgefunden. Dabei ist es noch zu keiner Einigung gekommen; es heißt allerdings, nachdem die indonesische Regierung sogar ein Referendum über die Unabhängigkeit Acehs abgelehnt hatte, hätte die GAM ihre kompromisslose Forderung nach Unabhängigkeit aufgegeben und wolle sich mit einer „Selbstregierung“ zufrieden geben. Die indonesische Regierung schlug im Gegenzug eine „Sonderautonomie“ vor. Noch ist unklar, ob es sich bei den beiden Vorschlägen um ein ähnliches Konzept handelt oder letztlich nur um neue Begriffe für die alten Forderungen „Unabhängigkeit“ bzw. „Keine Abspaltung Acehs“. Nur Djuli, der für die GAM an den Verhandlungen teilnimmt, meint, "wir legen die Dinge, über die wir uns nicht einigen können, beiseite und suchen nach Alternativen."

Es ist nicht zu erwarten, dass sich das gegenseitige Misstrauen und die Verdächtigungen über Nacht in Luft auflösen. Die nächsten Gespräche sind für Mitte April geplant.

In einigen Wochen, am 26. März, soll der humanitäre Sondereinsatz der indonesischen Armee beendet sein. „Wenn wir hier fertig sind“, so der zuständige General Bambang Darmono, „nehme ich an, dass auch die internationalen Hilfskontingente keine Arbeit mehr haben.“ Japan, Australien und Deutschland haben bereits er-

klärt, dass sie ihre Soldaten im März abziehen. Ob auch die zivilen Helfer gehen müssen, ist noch unklar.

Eine der größten Ängste der Menschen vor Ort ist, dass das Militär Aceh wieder hermetisch abschließen wird, sobald die Ausländer/innen die Provinz verlassen haben. Obwohl beiden Seiten klar sei, dass ausländische Truppen über einen Friedensvertrag für Aceh wachen müssten, so beklagt sich Ahtissari, würde die UNO nicht eingeschaltet.

3. Wiederaufbau in Sri Lanka

Von den 31,000 Todesopfer in Sri Lanka sollen 20,000 zu der Tamilenmehrheit im Norden und Osten der Insel gehören. 5,000 Menschen werden noch vermisst. Eine Million Menschen wurden obdachlos. Rund zwei Drittel des Küstenstreifens, 250.000 Häuser, 312 Schulen und 72 Krankenhäuser wurden zerstört.

Die ADB geht davon aus, dass 250,000 Menschen, also 1 Prozent der Bevölkerung, durch den Tsunami zusätzlich unter die Armutsgrenze gerutscht ist. Wie in Aceh und Südindien sind es v.a. Fischer/innen, die zu Opfern der Flut wurden.

Von den 1,6 Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern, die nach Sri Lanka fließen sollen, sind gerade einmal 75 Millionen angekommen - was nach Angaben der Regierung gerade einmal ein Prozent der Wiederaufbaukosten ausmacht. Die Regierung hat eingestanden, bis Mitte Februar nur drei von zehn betroffenen Familien erreicht zu haben. Zeitungen berichten von Korruptions-Fällen und Missmanagement. In mehreren Städten ist es deswegen zu Demonstrationen gekommen.

Diejenigen, die das Glück hatten (und haben werden), dass ihnen von der Regierung geholfen wird, kommen damit auch nicht besonders weit. Gerade einmal 15 000 singhalesische Rupien (120 €) Soforthilfe hat die Regierung für jeden verlorenen Angehörigen versprochen, – nicht mehr als zwei Durchschnittsmonatslöhne. 5000 Rupien sollen Familien bekommen, die ihr Haus verloren haben. Wer allerdings Arbeit habe, auch Fischer, die ihre Netze und Boote

mittlerweile wieder repariert haben, gehe leer aus.

Wie in Indonesien und Thailand auch, hat die Regierung von Sri Lanka in unmittelbarer Nähe zum Meer ein Bebauungsverbot erlassen. Nur Häuser, die der Flut schadlos Stand gehalten haben, müssen nicht abgerissen werden. Häuser dürfen nicht näher als 100 bzw. 200 Meter an der Küste (wieder)aufgebaut werden. NGOs wurden angewiesen, keine Projekte in der Sperrzone durchzuführen, Banken dürfen keine Kredite dafür gewähren. Die LTTE hat in den von ihr kontrollierten Gebieten sogar eine Sperrzone von 300 Meter ausgewiesen. Die Regierung hat versprochen, die Überlebenden in flutsicheren Gebieten landeinwärts neu anzusiedeln.³

Dabei handelt es sich um eine an sich vernünftige Idee, die auch das UN-Umweltprogramm UNEP eingefordert hat.⁴ Doch die Absicht, eine Sicherheitszone einzurichten, hat in allen Ländern zu Protesten unter Fischerfamilien und Menschen geführt, die an der Küste Cafes, kleine Stände und andere Läden gehabt haben, um an den Touristen Geld zu verdienen. Die Fischer haben dort gewohnt, um ihre Boote und Netze im Blick zu behalten und zügig zum Fischen ausfahren zu können.

Die als neuen Siedlungsorte vorgesehene Gegenden sind oft weit vom Meer entfernt, wie im Fall von Gonnoruwa in Sri Lanka handelt es sich gar um eine isolierte, nicht-entwickelte Gegend, die mitten im Wald liegt, in dem gefährliche Tiere und Elefanten leben. Im Hambantota und in anderen Orten entlang der zerstörten Küste Sri Lankas wollen nur wenige in die geplanten

³ In Aceh soll die Sperrzone sogar bis zu zwei Kilometer breit sein - dort sollen Mangrovenwälder angepflanzt werden und zusammen mit Betonwällen natürlichen und künstlichen Schutz vor Flut bieten.

⁴ "Bestimmungen, die Mindestabstände von der Küste für Hausbauprojekte bestimmen, sind wichtige Mittel, um bei Tsunamis, Stürme und steigende Meerespiegel Schutz zu bieten. (...) Diejenigen, die dadurch das Recht, das Land zu nutzen, verlieren, sollten entschädigt werden, dazu könnten auch Hilfgelder von Bedeutung sein." (UNDP, 22. Januar 2005)

Satelliten-Städtchen ziehen. Händlerinnen, Cafebesitzer und Touristenführer/innen finden im Hinterland keine Urlauber, Handwerker und Saisonarbeiterinnen verlieren ihre Auftraggeber.

"Ich werde nicht von hier weggehen", so ein Ladenbesitzer, dessen Geschäft 100 Meter von der Küste entfernt lag. „Dies ist das Land meiner Vorfahren und wir haben hier schon unser ganzes Leben lang unser Geschäft geführt.“

Außerdem besteht der Verdacht, dass die Regierungen die Küstenstreifen eher räumen wollen, um sie „wirtschaftlich nutzbar“ zu machen. In Sri Lanka etwa wollte die Regierung schon lange den Küstenstreifen räumen, um dort große Touristenanlagen anzusiedeln. Vor einigen Jahren war in Hambantota der Bau eines Hafens geplant, der dem Schiffsverkehr zwischen dem Mittleren Osten und Ostasien zugute kommen sollte. Der Plan musste zu den Akten gelegt werden, weil man befürchtete, dass die Vertriebenen Proteste auslösen würden. Anfang März ließ die Regierung wissen, dass die völlig eingebrochenen Touristenzahlen sich inzwischen erholten. "Es wird sogar noch besser als vor der Katastrophe werden", sagte Premierminister Rajapakse. „Mit dem Wiederaufbau wird viel Infrastruktur erneuert. Durch das neue Gesetz, dass Wiederansiedlung in einer Breite von 100 Metern vom Meer verbietet, werden die Strände vergrößert.“

"Die Verordnungen wurden auf bürokratischem Wege von oben dekretiert, ohne einen Gesamtplan vorzulegen und in völliger Gleichgültigkeit für die Konsequenzen, die das für die einfachen Leute mit sich bringt." so der srilankesische Gewerkschafter Panini Wijesiriwardana. "Arm zu sein heißt nicht, dass die Regierung uns behandeln kann wie sie will." erklärt ein Vertreter des ‚Bürgerbündnisses für die Tsunamibetroffenen‘.

„Wir stimmen zu, dass die Opfer an sichere Plätze gebracht werden müssen. Aber die leeren Strände sollten den Fischern zur Verfügung stehen, damit sie dort ihr Zubehör, ihre Schuppen und Platz zum Trocknen von Fisch haben. Bitte bringt uns

stattdessen keine Touristenhotels. Wir werden es nirgendwo in Asien, wo die Flut zugeschlagen hat, zulassen.“, ließ kämpferisch das *World Forum of Fisher Peoples* (WFFP), ein Bündnis von 34 Fischerorganisation vornehmlich aus Asien, wissen.

3. Der Konflikt mit der LTTE

„In den ersten Tagen“, kann man dem Daily Mirror aus Colombo vom 24. Januar entnehmen, „half jeder den Betroffenen ohne Ansehen von Rasse, Ethnie, Kaste oder Klasse. Doch bedauerlicherweise verschwinden diese positiven Signale nun und in Sri Lanka herrscht wieder eine Politik der Gespaltenheit.“ Auch der Friede zwischen Regierung und der tamilischen LTTE währte nur kurz.

Die LTTE hat sich immer wieder beklagt, dass die Regierung absichtlich nur wenige Hilfsgüter in den tamilischen Norden durchlasse. Sie fordert außerdem, auch direkt Hilfslieferungen angeliefert zu bekommen. Ausländische Hilfsorganisationen sträuben sich allerdings, da die LTTE in fünf Ländern als terroristische Vereinigung gilt (u.a. in den USA und Indien). Die Regierung hatte im Januar UN-Generalsekretär Kofi Annan daran gehindert, den Norden zu besuchen.

Die Friedensverhandlungen sind noch nicht wieder aufgenommen worden, obwohl seit 2002 ein Waffenstillstand gilt. Die Regierung fürchtet eine Stärkung der LTTE und damit die Einschränkung ihrer staatlichen Souveränität, die LTTE fürchtet, an Einfluss zu verlieren. Hier und da sind auch wieder Kämpfe ausgebrochen, führende Kader der LTTE sind dabei um Leben gekommen.

Währenddessen lässt die ethnochauvinistische JVP, die einen starken Rückhalt unter der singhalesischen Bevölkerung hat, verlauten, die Tamil Tigers seien "Faschisten, die weder politische Selbstbestimmung noch Tsunamihilfe verdienen". Die JVP ist (noch) Teil der Regierung, hat allerdings verkündet, dass sie die Regierung verlassen werde, wenn die Regierung auch nur Gespräche mit der LTTE über Selbstver-

waltung oder eine Koordination der Fluthilfe beginne.

Damit wäre die Regierung endgültig ohne Mehrheit, nachdem Mitte Februar der moderate tamilische Ceylon Workers' Congress (CWC) in die Opposition gewechselt ist.

In den 1970ern hatte die JVP zwei Aufstände mit mehr als 50 000 Toten ausgelöst – später hat sie Hunderte von Menschen getötet, weil sie indische Produkte gekauft hatten.

Mitte Januar hatte Präsidentin Kumaratunga in 14 von 25 Bezirken des Landes Notstandsbestimmungen erlassen. Um die öffentliche Ordnung und die wichtigen öffentlichen Dienste aufrechtzuerhalten, geben die Notstandsbestimmungen Polizei und Militär weitreichende Vollmachten. Lokale Militärbefehlshaber dürfen Gebäude, Land und Fahrzeuge für die Nothilfe beschlagnahmen. Sie dürfen jeder Person befehlen, jegliche Arbeit und jegliche Dienstleistung zu erbringen, nicht nur im Rahmen der Wiederaufbauarbeiten, sondern auch, wenn es die nationale Sicherheit erfordere. Das kommt einer Zwangsrekrutierung gleich.

Im Leitartikel der Zeitung *Island* vom 5. Januar mit der Überschrift "Gesucht: Männer der Tat, keine loyalen Parteigänger und Kumpane" ließ sich die Zeitung über die Reaktion der Politiker auf die Katastrophe und ihre Unfähigkeit aus, dringende Hilfsgüter bereitzustellen. Sie schrieb: "Armeeangehörige mit Erfahrung im Feld sind für den Umgang mit einer solchen Katastrophe am besten geeignet. Sie müssten in der Lage sein, die Bürokratie auszuschalten, mit dem Bulldozer den Weg freizumachen und jeden verfluchten Hintern, der ihnen im Weg steht, beiseite zu treten."

"Es ist unwahrscheinlich, dass die Bestimmungen nach dem Ende der Aufräumarbeiten wieder aufgehoben werden", so noch einmal der Sunday Mirror. Kumaratunga hatte jüngst vorgeschlagen, dass für die nächsten fünf Jahren die Wahlen ausgesetzt werden.

Panini Wijesiriwardana sieht diese Maßnahmen im Zusammenhang mit den negativen Folgen, die die Art und Weise des Wiederaufbaus für die einfachen Menschen und die Verarmten hat. „Die srilankesische Regierung war völlig unfähig, diese großen sozialen Probleme vor der Katastrophe zu lösen. Nun ist sie noch viel weniger dazu in der Lage.“

V. Folgen des Hilfebooms

Überall in der Region ist ein massives Aufgebot an Organisationen aufmarschiert – in Aceh allein handelt es sich um 200 Organisationen, davon zwölf aus Deutschland. Sie alle suchen verzweifelt nach Projekten, denen sie ihre Spendengelder zugute kommen lassen können. Dabei erklärt Margareta Wahlstrom, Annans Beauftragte für die Fluthilfe, es würden sogar noch weitere 4 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau benötigt. "Wir brauchen nur noch mehr Zeit, um das Geld in Hilfe umzusetzen."

Es ist also die Kurzfristigkeit, mit der die Helfer ihr Geld loswerden wollen bzw. müssen, die dazu führt, dass sich die Hilfsorganisationen gegenseitig auf den Füßen stehen. Im Streit um die prestigeträchtigen Projekte, so ein Mitarbeiter einer deutschen Organisation vor Ort, „schreien die Vertreter der Hilfsorganisationen sich im Kampf um die besten Projekte gegenseitig an“.

Aber auch die spezifischen Zwecke, für die das Geld verwendet werden soll, tragen das ihre dazu bei. Viele Organisationen wollen vor allem Schulen oder Waisenhäuser betreuen. Das kommt bei den Spender/innen daheim in Deutschland am besten an. Auf Sri Lanka wurden allerdings "nur" 163 Schulen zerstört. Menschen vor Ort frozeln, „wir müssen jetzt erst einmal Eltern umbringen, damit wir wieder genug Waisenkinder haben.“

Wahlstrom beklagt sich auch, dass Regierungen v.a. Geld für Nahrung, Gesundheitsdienste und Kinder bereitstellen wollten, doch für den Bau von vorübergehenden Unterkünften und dem (Wieder-)Aufbau einer lokalen Industrie nur Mittel in Höhe

von 35 bis 50 Prozent zur Verfügung stünden.

Einige „Helfer“ verwechseln zudem die Katastrophe anscheinend mit einem Sperrmülltermin. Der Arzneimittelhersteller Pfizer will 10 Millionen Dollar bar und 25 Millionen Dollar an Arzneimitteln spenden. Darunter dürften sich viele alte, nicht benötigte Medikamente oder welche ohne Beipackzettel in der jeweiligen Landessprache befinden, befürchtet die Weltgesundheitsorganisation WHO. "Im Kosovo“, so William Aldis von der WHO, „wurden Millionen Dollar für die Beseitigung von Medikamenten durch Verbrennen ausgegeben.“



Die Europäische Kommission beabsichtigt ausgemusterte Fischerboote, die fünf bis 20 Jahre alt sind, in den Flutländern zu entsorgen – in schlechter alter Tradition, unter dem Mäntelchen von Entwicklungshilfe überschüssige Waren loszuwerden. Obwohl nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO 111,073 Fischboote zerstört worden seien, sei der FAO keine amtlichen Anfragen nach Fischerbooten aus der Region bekannt. Die EU-Boote seien nicht für die in der Region üblichen Fischfangmethoden zu verwenden, es drohten erneute Überkapazitäten beim Fischangebot, der

Aufbau eines lokalen Marktes werde verzerrt und den Armen kämen die Boote ohnehin nicht zugute, so die FAO. Die EU solle lieber den örtlichen Schiffsbau unterstützen, meint der WWF.

Die Bedürfnisse mancher privaten und öffentlichen Spender nach emotionaler Wellness und billiger Werbung werden über den tatsächlichen Bedarf der Menschen und der soziökonomischen Strukturen vor Ort gestellt.

Viele ausländischen Helfer/innen sind nicht nur ein Segen für Katastrophenregionen. Das globale Bauernnetzwerk *la via campesina* weist darauf hin, dass sich immer wieder bei internationalen Hilfsmissionen

gezeigt habe, dass lokale Organisationen meist weniger Geld brauchen, da sie Freiwillige vor Ort mobilisieren können statt dass teure internationale Experten ins Land geschafft werden müssen.⁵ Die vorrangige Einbeziehung von lokalen Kräften und ihrer Organisationen, so *la via campesina* weiter, trage auch zu einer politischen Stärkung der Strukturen vor Ort und der dortigen Wirtschaft bei, Voraussetzung dafür, dass strukturelle Veränderungen hin zu einer Reduzierung der Armut und mehr sozialer Gerechtigkeit in Gang kommen.

Der Architekt Marc Gossé, der in Brüssel Stadtplanung lehrt, weist in *le monde diplomatique* vom Februar 2005 darauf hin, dass Nothilfeoperationen in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hätten, dass Hilfsorganisationen, Freiwillige und ausländische Investoren, die sich beim Wiederaufbau betätigen, ihre eigenen kulturellen Modelle und Annahmen mitbringen, ihre Vorstellungen von Städtebau, effizienter Wirtschaftsweise und notwendigen Ent-

⁵ Siehe: Peter Rosset and María Elena Martínez : The democratisation of aid unter: <http://www.redpepper.org.uk/Feb2005/x-feb2005-RossetMartinez.htm>

scheidungsprozessen. Mitbringsel, die oft in Konflikt mit den lokalen Praktiken kommen und der Entwicklung Steine in den Weg legen.

Während sich die Mehrheit der Lokalbevölkerung weiter mit einer dysfunktionaler Infrastruktur, einer mangelnden Versorgungslage und einer schlechten Beschäftigungssituation herumplagen müsse, so nochmals la via campesina, würden die internationalen Helfer/innen mit Nahrung, Wohnungen, Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen und generell mit Jobs versorgt.

Leider bestätigen sich diese Befürchtungen erwartungsgemäß auch bei der Operation Flut am Indischen Ozean erneut. Von überall wird berichtet, dass die massive Präsenz der vielen ausländischen Helfer/innen auch Probleme schaffe.

Mit dem vielen Geld, das ihnen zur Verfügung steht, treiben sie auf den lokalen Bazars die Preise für Alltagsgüter hoch. Die Flüchtlinge in den Lagern, für die sie die Güter einkaufen, bekommen die Güter zwar umsonst, die Bevölkerung aber, die nicht zu den Flutopfern zählt, muss nun tiefer in die Tasche greifen. Die Preise für Lebensmittel sind auch gestiegen, weil viele Transportfirmen ihre Frachttarife erhöht haben. Der Transport von Hilfsgütern wird gut bezahlt, was den Marktpreis auch für Lebensmittelhändler steigen lässt, berichtet Michael Phillips aus Aceh.

Ausländische Hilfsorganisationen werben Mitarbeiter/innen von den örtlichen Unternehmen ab und treiben die Löhne in für lokale Firmen unerschwingliche Höhen. Das zerstöre laufende Projekte, weil ihnen die Mitarbeiter abhanden kommen, wird von Korrespondenten aus den Flutländern berichtet.⁶ Aus Aceh berichtet Rosa Grabe, dass Helfer/innen die Häuser, die die Flut

überstanden haben, zu „wahnsinnig übertriebenen Preisen klargemacht“ hätten, „so dass es für die lokalen NGOs (geschweige denn die Leute, die hier wohnen) fast unmöglich ist, etwas zu finden“. Häuser kosten nun statt 300 bis zu 4000 Dollar Miete. Das jährliche Durchschnittseinkommen betrug 2003 in Indonesien gerade einmal 867 Dollar (Weltbank, 2004)

„Neben den Hilfsorganisationen machen auch die nach immer neuen Geschichten suchenden Medienunternehmen Jagd auf Übersetzer und Fachleute vor Ort. Oft werden dabei Mitarbeiter von anderen Einrichtungen abgeworben, darunter von Fachschulen, Regierungsbehörden und Unternehmen“, berichtet Michael Philipps.

Dabei wird die Notwendigkeit einer massiven Präsenz ausländischer Helfer/innen immer fraglicher. So berichtet Bernhard Imhalsy in der taz aus Sri Lanka, dass „die meisten NGOs nützlich (gewesen sind), solange es darum ging, erste Hilfe zu leisten und Hilfsgüter zu verteilen. Nun - ohne Landeserfahrung und oft ohne lokale Partner - sind sie logistisch überfordert, wenn es darum geht, Starthilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten, einen Hausbau zu finanzieren oder Trauma-Beratung anzubieten.“

Eine Diplomatin, meint gar, dass „alles in einem großen Desaster“ zu enden drohe, weil der Bauboom die Preise in die Höhe schnellen lassen werde.

Insgesamt besteht auch die Gefahr, dass sich über kurz oder lang in den Flutländern regionale Ungleichheiten ausbilden. Während Aceh, die Ostküste von Sri Lanka, der Süden Thailands und Tamil Nadu in Indien eher zu den Armenhäusern ihres Landes gehören, so könnte in ein paar Jahren, „der Nordosten neidisch auf den Süden schauen, das Landesinnere neidisch auf den Küstenstreifen, und die von 20 Jahren Bürgerkrieg Betroffenen neidisch auf die Vertriebenen des Tsunami.“, meint Axel Vornbäumen vom Tagesspiegel in Bezug auf Sri Lanka.⁷

⁶ Damit wiederholt sich, was 2001 in Afghanistan passiert ist. Dort haben sich die Mieten im Zuge der Hilfsoperationen nach dem Krieg, oft verzehnfacht und lokale NGOs verloren ihre besten Mitarbeiter an internationale Hilfswerke. Viele Afghanen begegneten den Helfern daher mit wachsendem Argwohn, stellt Thomas Gebauer von medico international fest.

⁷ Dass es allerdings so große Unterschiede im Lebensstandard entstehen, dass „steigenden Kriminali-

Wann machen Partnerschaften Sinn?

Achtzig Partnerschaften sind in Deutschland bis Ende Februar bereits vermittelt worden, nachdem Bundeskanzler Schröder eine großangelegte Partnerschaftsinitiative angestoßen hat und ein eigener Stab bei InWEnt in Bonn und für Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf für die Betreuung der Partnerschaftsinitiativen ins Leben gerufen wurde.

"Eine echte Partnerschaft, so Volker Dattke, Geschäftsführer der Mainzer Hilfsorganisation Human Help Network (HHN), „besteht [dabei] nicht darin, Geld zu sammeln und zu überweisen. Wir wollen uns darum kümmern, Hilfsangebote aus Rheinland-Pfalz und den Bedarf in Sri Lanka zu koordinieren.

Die Community der Entwicklungsexpert/innen in Sri Lanka ist allerdings skeptisch, ob die Partnerschaftsinitiative der richtige Weg ist, beim Wiederaufbau unter die Arme zu greifen. Roland Steuerer von der GTZ hält die Idee zwar für eine „Riesenchance“ – aber nur, wenn die gut gemeinte Idee auch mit entsprechendem entwicklungspolitischem Sachverstand verbunden sei.

VI. Carepakete mit Hintergedanken

Einen Monat lang ging es zu wie bei einer Auktion. Die Staaten dieser Welt versuchten sich bei ihren Hilfszusagen gegenseitig zu übertrumpfen, nachdem sie sich anfangs noch recht knickig gaben, ihre Staatsvölker aber spendeten, was das Zeug hielt und Großzügigkeit darum zur politischen Ressource wurde.

Das vorläufige Endergebnis: (1) Australien, 816 Millionen US-Dollar; (2) ADB, 675 Millionen; (3) Deutschland, 664 Millionen; (4) Japan, 500 Millionen; (5) Vereinigte Staa-

tätsraten, sozialen Unruhen bzw. Land- Wasser und anderen Ressourcenkonflikten“ die Folge sein werden, wie la via campesina befürchtet, ist am Indischen Ozean eher unwahrscheinlich.

ten, 350 Millionen; (6) Weltbank, 250 Millionen.

Mittlerweile sind bei den Vereinten Nationen 95 Prozent der 977 Millionen Dollar Soforthilfe, die von der UN verwaltet werden soll, angekommen. Wozu setzen die Staaten das Geld ein?

Die USA

Das indonesische Militär (TNI) soll bald wieder an Trainingskursen der US-Streitkräfte teilnehmen dürfen. Damit sind die militärischen Beziehungen zwischen Indonesien und den USA fast wieder normalisiert, nachdem sie 1999 von den USA fast völlig eingefroren wurden, als sich das indonesische Militär in mörderischer Weise der Unabhängigkeit Osttimors entgegenstemmte.

Menschenrechtsgruppen fürchten, dass dieser Schritt von der TNI als ein Siegel guter Haushaltsführung (miss?)verstanden werden könnte.

“Während die Geldsumme klein sein mag, ist ihre symbolische Bedeutung enorm. das indonesische Militär wird die Wiederzulassung zu den Trainingskursen als Aufforderung zum *business as usual* verstehen, d.h. , brutale Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit " befürchtet John Miller, der Koordinator des East Timor Action Networks (ETAN). Vielleicht fällt auch bald das amerikanische Waffenexportverbot für Indonesien.

Schon seit dem 11. September 2001 hatte sich US-Präsident Bush bemüht, Indonesien in seinen 'Krieg gegen den Terror' einzubinden. Dabei galt ihm das indonesische Militär als einer der wenigen Institutionen, die Indonesien zusammenhalten, die Islamisten vor Ort in Schach halten und außerdem als Verbündeter gegen die sich mausernde regionale Großmacht China dienen könne. Schließlich handelt es sich bei Indonesien um das Land mit den meisten Moslems weltweit, das zudem einige strategisch bedeutsame Meeresengen kontrolliert.

Nach und nach wurden die militärischen Beziehungen wieder verstärkt, indem Indonesien Mittel für die Terrorismusbekämpfung

kämpfung bekam und die TNI zu gemeinsamen Militärübungen und auf regionale ‚Sicherheitskonferenzen‘ eingeladen wurde. Dabei macht sich das US-Außenministerium nichts vor. In seinem Länderbericht Indonesien 2004 heißt es: "Die Menschenrechtsbilanz der Regierung ist problematisch geblieben. (...) Regierungskräfte [gemeint ist wohl das Militär-N.R.] begehen weiterhin Misshandlungen, die gravierendsten dort, wo separatistische Konflikte stattfinden. Sicherheitskräfte mordeten, folterten, schlugen und verhafteten willkürlich Zivilist/innen und Mitglieder der Separationsbewegungen, besonders in Aceh, in geringerem Maße auch in West Papua." In den 1970er und 80er Jahren zu Zeiten der Diktatur Suharto pflegten beide Länder schon einmal sehr enge militärische Beziehungen.

Nach dem Tsunami ergab sich die Gelegenheit, durch ein sichtbares Engagement in Aceh die Beziehungen zu Indonesien zu verbessern, in der islamischen Welt Boden gut zu machen und Abu Ghraib in Vergessenheit geraten zu lassen. Diese Chance konnten die USA sich nicht entgehen lassen. Mit einer ähnlichen Motivation haben sie einen geschlossenen Militärstützpunkt in Südthailand als Drehkreuz der Hilfsaktionen wiedereröffnet und mehr als tausend Marines zum Aufräumen nach Sri Lanka geschickt. Der im Januar noch amtierende US-Außenminister Powell hatte damals zugestanden, dass die Hilfe für die Tsunamiopfer den strategischen Interessen der Vereinigten Staaten und dem "Krieg gegen den Terror" entgegenkommen dürfte. "Ich glaube, es gibt der islamischen Welt und dem Rest dieser Welt die Möglichkeit, die amerikanische Großzügigkeit zu erleben und die amerikanischen Werte in Aktion zu sehen."

Die asiatischen Helfernationen

Indien wies schon früh Hilfsangebote zurück, um der Welt zu beweisen, dass es sich selbst helfen könne und trat selber als Hilfsmacht in Sri Lanka auf. Die westlichen Mächte und China sollten wissen, dass sie Indien auf der Rechnung haben müssen, wenn es um die Verteilung der

Macht in der Region geht. Gleichzeitig hat Indien erstaunlich eng mit den USA kooperiert, Zeichen dafür, dass sich Indien bewusst ist, dass wenn sich die Amerikaner aus Asien und dem Mittleren Osten zurückziehen würden (was sie gelegentlich in Betrachtung ziehen), eine andere Macht in dieses Vakuum hereinstoßen dürfte: China.

Auch Japan dürfte es nicht nur darum gehen, nach und nach auch eine seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende politische Verantwortung zu übernehmen, sondern auch darum, in der Rivalität mit China nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Chinas Hilfspaket von 83 Millionen US-Dollar ist das bei weitem Größte seit Gründung der Volksrepublik. Pekings Hilfsangebot ist – wie das anderer Länder – allerdings auch in erster Linie von ökonomischen und politischen Überlegungen bestimmt.

So hatte Taiwan schon früh 5 Millionen US-Dollar zugesagt, als die Volksrepublik noch nur 2,6 Millionen geben wollte. Das verärgerte Peking, ein Überbietungswettbewerb begann, bei dem Taiwan schließlich auf 50 Millionen erhöhte. Taiwan, von Peking als abtrünnige Provinz betrachtet, und die Volksrepublik haben beide bedeutende ökonomische und strategische Interessen in der Region, die auch eine Rolle für ihr Hilfsangebot spielen.

Australien

Die australische Regierung wiederum verfolgt ganz andere Interessen, ihr geht es in erster Linie darum, im eigenen Hinterhof Herrin der Dinge zu bleiben. So hat Australien es abgelehnt, seine üppigen 816 Millionen US-Dollar den Vereinten Nationen oder den multilateralen Finanzinstitutionen Weltbank oder ADB zur Verfügung zu stellen. Stattdessen ist Premier Howard eine bilaterale „Partnerschaft“ mit dem indonesischen Präsidenten Yudhoyono eingegangen. Dabei hat er sich vorbehalten, dass Australien bei der Verwendung der Mittel immer ein Wörtchen mitzureden hat. So soll ein Batzen des Geldes beispielsweise für die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen in Indonesien ausgegeben wer-

den. Das hat nicht viel mit Hilfe für die Flutopfer zu tun, im Falle Australien ist aber nur am offensichtlichsten, dass (immer auch) etwas anderes drin ist als draufsteht. Vielleicht springt ja für Deutschland ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat raus.

Bekanntlich dient Entwicklungshilfe immer auch der Förderung der eigenen Industrie. Eine Umfrage der UN kommt zu dem Ergebnis, dass 84 Prozent der amerikanischen Hilfsgelder in Form von Waren- und Dienstleistungskäufen in die USA zurückfließen. U.a. Deutschland, Japan, und Australien bestehen darauf, dass mit einem großen Teil ihrer Gelder Hilfsgüter aus dem Land des Gebers geordert werden muss, seien es Nahrungsmittel, Funkgeräte, Autos oder die Dienste von Polizei und Militär. So hat Indonesien bereits das stark umworbene Tsunamifrühwarnsystem in Deutschland bestellt- Kostenpunkt: 45 Millionen US-Dollar.

In Erwartung künftiger Aufträge sind nach der Katastrophe die Kurse von Unternehmen, die am Wiederaufbau der Länder beteiligt werden könnten, an den Börsen in Amerika und Asien erheblich gestiegen.

VII. Eine wohlbekannte Melodie – Strukturanpassung durch die Hintertür

Anfangs galt der Tsunami als eine Katastrophe, die von Naturgewalten (oder von einem strafenden Gott, wie gerade aus islamistischen Kreisen zu hören gewesen ist) ausgelöst wurde. Solche Ereignisse könne menschliches Handeln nicht verhindern, sondern höchstens dessen Konsequenzen abmildern. „Natur entlastet Politik“, so schreibt der Soziologe Ulrich Beck am 14. Januar in der neuen Züricher Zeitung. „Die politisch hochexplosiven Fragen nach Schuld und Sühne, Versagen und Verantwortung greifen hier seltsam ins Leere.“ bald setzte sich jedoch die Einsicht durch, dass menschliche Entscheidungen und Akteure (aus Regierung und Wirtschaft bzw. die Menschen vor Ort) die dramatischen Schäden mit verursacht haben.

Tourismus, Garnelenzuchtfarmen und andere industrielle Entwicklungen, deren Ausbreitung meist auf wirtschaftspolitische Grundentscheidungen wie ökonomische Modernisierung und ‚Strukturanpassung‘ zurückgehen, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass so viel Menschen sterben mussten und es zu einem solchen Ausmaß an Verwüstung gekommen ist. So sind infolge dieser Programme überall massiv Mangrovenwälder, Küstendünen, Korallenriffe und Seegrasgebiete zerstört oder so weit degradiert worden, dass die Flutwellen nahezu mit voller Wucht in die menschlichen Siedlungen hineinbrachen.

Shrimps fressen Mangroven

Mangrovenwälder haben fast überall einst eine natürliche Barriere zwischen dem Meer und den Siedlungen gebildet. Sie wurden abgeholzt, um Platz für (exportorientierte) Shrimpsfarmen zu machen oder aber die Küste für den Tourismus zu ‚verschönern‘.

Die Mangrovenwälder schützen die Küstenregion vor Erosion, Flutwellen oder Stürmen. Außerdem binden sie Kohlendioxid und verlangsamen damit die globale Erwärmung. Seit den 1950ern hat ein marktorientiertes Entwicklungsmodell, das sich vornehmlich an den Bedürfnissen von Konsument/innen in den Industrieländern und den lokalen Eliten orientiert hat, zwei Drittel dieser Wälder in Süd/ost/asien zerstört.

So sind die Mangrovenwälder zwischen 1975 und heute nach Angaben des UNDP um 80% zurückgegangen, in Indien wurde bereits zwischen 1963 und 1977 über die Hälfte der Mangrovenwälder zerstört. Indonesien hat in den vergangenen Jahrzehnten rund 30 Prozent seiner gesamten Mangrovenwälder abgeholzt – besonders in Aceh. Ben Brown, Koordinator des Mangrove Action Projects in Indonesien, schätzt die einstige Mangrovenfläche Acehs auf 60.000 Hektar, heute seien davon nur noch etwa ein Sechstel, 10.000 bis 12.500 Hektar übrig. Die meisten Mangroven fielen seit Ende der 1980er den zahlreichen Shrimpsfarmen und Ölpalmpflanzungen zum Opfer, die entlang der Küste zur Erwirtschaftung von Devisen entstanden.

Überall dort, wo Mangrovingürtel oder Dünen noch in ausreichendem Maße vorhanden gewesen sind, waren die Schäden durch die Flut nahezu minimal. So sind in Burma nur 60-100 Opfer zu beklagen, auch einige der Fischerdörfer wie Tha Klang in unmittelbarer Nähe zu Phuket sind weitgehend verschont geblieben. Zwar haben Fischer dort auch ihre Boote verloren, ihre Häuser sind aber stehen geblieben. "Die Mangroven in Ranong und Phang Nga retteten Hunderten von Menschen das Leben.", so Maitree Duangsawadi vom thailändischen Ministerium für Meeres- und Küstenressourcen. Ganz ähnlich in den Flutregionen in Indien und Sri Lanka. So hat es in den Nationalparks von Yala und Bundala in Sri Lanka kaum Schäden gegeben, weil begrünte Sanddünen die Wellen aufgehalten haben.

1960, als die Mangrovenwälder in Bangladesh noch weitgehend intakt gewesen sind, forderte eine Flutwelle kein einziges Menschenleben. 30 Jahre und einige 'Struktur Anpassungsmaßnahmen' später verloren bei einer neuerlichen Flutwelle Tausende von Menschen ihr Leben.

Palmöl, Shrimps, weiße Strände und willige Frauen sind bei uns im Westen begehrte Güter. Daher wurde ihre Her- bzw. Bereitstellung für den westlichen Markt von Weltbank, IWF und durch bilaterale Entwicklungsabkommen forciert. Im Rahmen der „nachholenden Modernisierung“ der siebziger Jahre, die versprach, der ganzen Welt den ‚Western way of life‘ zugänglich zu machen und der daraus resultierenden Schuldenkrise seit den 1980ern setzt(e) die Wirtschaftspolitik auf eine massive Steigerung der Exporteinnahmen - für Megaprojekte und den ständig wachsenden Schuldendienst.

„ Das Ergebnis dieser ‚Geiz ist Geil-Mentalität‘ europäischer und US-amerikanischer Konzernmanager und Konsumenten, denen intakte Ökosysteme und Küstenschutz in den fernen Tropen offensichtlich egal sind“, so Norbert Suchanek vom in Bangkok ansässigen Forschungsinstitut Tourism investigation & monitoring team, „sieht man zum einen in jedem Supermarkt in Deutschland, wo die tropi-

schen Garnelen in allen Kühltruhen billigst auf Käufer warten, und zum anderen vor Ort in den Flutkatastrophengebieten Südostasiens, wo Hunderttausende starben.“

2003 hatte das indonesische Fischereiministerium sogar erklärt, die Shrimp-Produktion solle noch mehr als verzehnfacht werden, um mit dem größten Shrimp-exporteur Asiens, Thailand, konkurrieren zu können, auch wenn dies die Abholzung von 800.000 Hektar Mangroven voraussetzen würde - einem Drittel der restlichen Mangrovenbestände Indonesiens.

Auch die weitgehende Zerstörung der Korallenriffe, an denen sich die Wellen unter Wasser hätten brechen können, sind ist von menschlichem Handeln – Dynamitfischerei, Abwässer der boomenden Küstenstädte, Überfischung und schließlich der Erwärmung des Meeres durch den Treibhauseffekt – mitverschuldet.

Weiße Strände, schwarze Stunden

In den Gebieten, die für den Ferntourismus entwickelt wurden wie in Südthailand, sind die Mangrovenwälder großflächig abgeholzt und die Korallenriffe eingeebnet worden. Mit ein Grund für die vielen Todesopfer in Phuket und seiner Nachbarschaft.

Nun richtet sich die Wiederaufbauhilfe der Regierung vornehmlich an die etablierte Tourismusindustrie. Regionalplaner, Touristenagenturen und Landbesitzer, so berichtet die Bangkok Post, hoffen, Nutzen aus der Katastrophe zu ziehen und drängen auf neue Bauvorschriften, die aufgrund ihrer strengeren Auflagen Kapitalbesitzer

Emerging Asia's reliance on tourism	
Tourism receipts, 2003	
	% of GDP
Hong Kong	62
Thailand	59
Singapore	56
Malaysia	54
Indonesia	21
Philippines	19
Taiwan	16
China	15
Korea	09
India	07

bevorzugen und ärmere Akteure vom Geschäft ausschließen würden.

Fischerfamilien, die durch die Flut Hab und Gut verloren, werden nun auch noch von Immobilienmaklern von ihrem Grund und Boden verdrängt und an noch gefährdetere Plätze abgedrängt.

Von der Regierung sollen Besitzerinnen kleiner Läden gerade einmal 20,000 Baht (ca. 390 €) erhalten, Besitzer größerer Boote sollen 200,000 Baht bekommen. Das ist nur ein Bruchteil der tatsächlichen Schäden, die die kleinen Leute zu tragen haben. Die Boote etwa hatten nach Angaben der Bangkok Post einen Wert von einer Millionen Baht. Und die 140,000 burmesischen Migrant/innen und Kriegsflüchtlinge, viele von ihnen schon viele Jahre im Lande, gingen ganz leer aus.



„Die großen Hotelbesitzer“, so meine eine Bauchladenverkäuferin in Phuket, „wollen uns nicht am Strand haben, weil wir ihnen das Geschäft verderben. Die Hotelgästesitzen nicht mehr am Hotelpool oder im Hotelrestaurant, wenn sie bei uns etwas zu essen oder zu trinken kaufen oder sich von uns massieren lassen können. Als der Tsunami kam, war das Hotel doch froh, weil es

unser ganzes Geschäft weggespült hat. Der Tsunami hat erledigt, was sie seit 14 Jahren vergeblich versucht haben.“

Mittlerweile erholt sich das Tourismugeschäft wieder. War die Zahl der Fluggäste, die in Phuket ankamen, zwischenzeitlich im Vergleich zum Vorjahr um 64,4 Prozent gefallen (und die der internationalen Gäste gar um 88,1 Prozent), so meldet die Reisebranche nun knapp zwei Monate nach der Flutkatastrophe wieder mehr Buchungen. Mitte Februar waren mehr als 60 nordamerikanische Reiseveranstalter von Thailand zurückgekehrt, um mitzuteilen, dass ein Großteil der zerstörten Infrastruktur in Phuket und Krabi wieder hergestellt sei.

Man fürchtete bereits einen „zweiten Tsunami“, wenn das Geschäft nicht wieder anlaufe, sei mit einem massiven Stellenabbau zu rechnen, mit all den sozialen Problemen, die damit verbunden sind.

„Reisen nach Thailand sind prinzipiell möglich.“ ließ ein Sprecher des Auswärtigen Amtes wissen. „Es ist sogar sinnvoll und wichtig“, meint er, „diese Regionen zu unterstützen, indem man dort als Reisender Geld lässt und so wieder Arbeitsplätze schaffen hilft.“

Im globalen Norden wird der Tourismus gegenwärtig nahezu unhinterfragt als Armutsbekämpfung propagiert, „touristische Investitionen stehen nicht länger unter dem Verdacht reiner Profitgier, sondern werden als moralisch gebotene Hilfe propagiert.“, so Martina Backes von der tourismuskritischen Initiative Fernweh in Freiburg.

Doch – so hat schon im Januar so Rainer Schauer in der taz gezeigt - nur ein geringer Teil der Einnahmen des Tourismus fließt auch ins Urlaubsland. Studien zeigen, dass der größte Anteil der Reiseausga-

gen, dass der größte Anteil der Reiseausga-

ben - in manchen Entwicklungsländern bis zu 90 Prozent - in den Händen der ausländischen Reiseunternehmen bleibt und/oder für Importe aufgewendet werden muss: für Butter aus Dänemark, Whiskey aus Schottland oder Käse aus Frankreich. In Sri Lanka dürften auf diese Weise weit mehr als 60 Prozent aller Reiseausgaben die Insel nicht erreichen. Hotelangestellte, fliegende Händlerinnen und Prostituierte bekommen nur ein paar Krümel der Milliarden im Tourismus-Business ab.

Die Sorge um die Arbeitsplätze ist ähnlich wie in Deutschland vor allem ein Thema fehlender soziale Sicherheit. Denn wären die dortigen Volkswirtschaften weniger export- und mehr binnenorientiert, würden ausreichend und vernünftig bezahlte Arbeitsplätze für diejenigen bereitstehen, die nun im Tourismusgeschäft ihr Glück suchen.

Die Wiederherstellung des grünen Schutzgürtels dürfte in Zukunft wichtiger sein als der Wiederaufbau des Tourismus. Gerade der Tourismus, der bei ausbleibendem Wachstum oft als Allheilmittel gilt, verfolgt kurzfristige Ziele, lässt eine durchdachte Entwicklungsplanung vermissen und führt rasch zu Umweltschäden. Wenn schon Tourismus, dann wirklich nachhaltig und ökologisch rücksichtsvoll. Auch wenn die Strände dann nicht mehr ganz wie aus dem Traumprospekt aussehen.

Elendsviertel, Elendige Folgen

Auch die Verstädterung in Form vieler Elendsviertel ist eine Folge einer verfehlten Entwicklungspolitik. Die Armen wurden vom Land verdrängt, das sie bebaut haben, sie sind in die Städte geflüchtet, weil sich auf dem Land keine Arbeitsgelegenheiten fanden, sie bauen ihre Hütten dichtgedrängt in Küstennähe auf Land, das die Kaufkräftigen wegen seiner schlechten Lage (an Hängen, in Sumpfbereich, auf Meereshöhe) übriggelassen haben. Sie bekommen zahlreiche Kinder, weil dies ihre einzige Form der sozialen Absicherung ist. So drängen sich dann immer mehr auf diesem gefährdeten Terrain, über das sich nun kürzlich die Tsunamiwellen ergossen haben. In der Flutregion „leben über 70 Pro-

zent der Bevölkerung in küstennahen Gegenden, stellt Frédéric Durand, in *le monde diplomatique* fest⁸, „auch weil das Meer ihnen Nahrung, Arbeit und Einkommen bietet. Doch gerade am Meer lebt ein Großteil der Bevölkerung in informellen, besonders gefährdeten Siedlungen, und die Überbeanspruchung der Naturressourcen verursacht erhebliche Umweltschäden.“

„Die dichte Besiedlung mancher Küstenorte ist eine direkte Folge touristischer Entwicklung. Arbeitskräfte migrieren in die touristischen Badeparadiese, so etwa in Thailand und auf den Malediven. Anderenorts haben Küstenbewohner/innen ihr Land für Hotelanlagen und Golfplätze verlassen müssen und leben an teils entlegenen Orten, deren Bewohner/innen jetzt beklagten, nur zeitrangig oder zu spät und zu wenig Hilfe erhalten zu haben.“

Katastrophale Hilfe

Armutsbekämpfung hat sich in den letzten Jahren zu dem entwicklungspolitischen Ziel schlechthin gemauert. Jede Institution, ob Regierungen, multilaterale Finanzinstitutionen, ja selbst private Wirtschaftsunternehmen, sie scheint nur eines umzutreiben: ihr tiefer Wunsch, etwas gegen die Armut auf dieser Welt zu tun. Da scheint ihnen der Tsunami gerade recht gekommen zu sein, um ihren gemeinnützigen Charakter, ihre Anwaltschaft für alle Armen dieser Welt wieder einmal unter Beweis stellen zu dürfen.

Shalmali Guttal vom Forschungsinstitut Focus on the Global South aus Bangkok hat in seiner wegweisenden Analyse *Reconstruction: an emerging paradigm* nachgewiesen, wie scheinheilig die Rhetorik von der Armutsbekämpfung ist und in welcher Weise Wiederaufbaumaßnahmen in den letzten beiden Jahrzehnten immer auch Strukturanpassungsmaßnahmen gewesen sind, die die Krisenregionen stärker in die neoliberale Weltwirtschaft einbinden soll-

⁸ Siehe: Frédéric Durand; Was eine Naturkatastrophe zur Katastrophe macht unter: <http://monde-diplomatique.de/pm/2005/02/11/a0050.text>

ten.⁹ Dass dies allerdings der Armutsbekämpfung geradezu widerspricht, das haben ausreichend viele Studien in den letzten Jahren nachgewiesen – wie etwa die *Structural Adjustment Review Initiative* (SAPRI), die die Weltbank und ihre Kritiker/innen zwischen 1996 und 2001 durchgeführt haben.

Guttal schaut auf Länder, die einen bürgerkriegähnlichen Konflikt hinter sich haben (wie Kambodscha, El Salvador oder Nicaragua), Länder, die von einer fremden Macht erobert (bzw. befreit) wurden (wie Afghanistan oder der Irak). Und natürlich wirft er auch einen Blick auf Länder, die durch internen oder externen Druck einen Wandel hin zu einer marktorientierten bis neoliberalen Wirtschaftspolitik vollzogen haben. All diese Prozesse weisen ähnliche Phänomene auf, so Guttal.

In all diese Prozesse sind Akteure aus dem globalen Norden aktiv, ob es sich um die Internationalen Finanzinstitutionen, um Regierungsstellen, die Vereinten Nationen oder auch um humanitäre Hilfsorganisationen und internationale NGOs handelt, sie alle „haben sich selbst die Verantwortung erteilt, Entwicklung und Sicherheit für den Rest der Welt zu definieren“.

Das Geld für den Wiederaufbau – so Guttal – sei an zahlreiche Bedingungen geknüpft, so dass die betroffenen Länder wenig Mitspracherecht über das Ziel des Wiederaufbaus hätten – und einige hohe Beamte sich zudem noch mit den Gebern aus dem Norden ins gleiche Boot setzen, da ihnen dadurch Macht, Einfluss und Wohlstand zufließe.

Überall werde eine schnelle Integration der Binnenmärkte in den Weltmarkt angestrebt, die Bewegungsfreiheit für das Kapital, Privatisierung und Deregulierung. Zur wichtigsten Staatsaufgabe mutiert die Schaffung günstiger Investitionsbedingungen und möglichst liberaler Marktstrukturen.

Nicht das Niveau einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kör-

perlichen Sicherheit der Bevölkerung vor Ort bestimme, ob die Wiederaufbaumaßnahmen ein Erfolg oder ein Misserfolg gewesen sind, sondern inwiefern das Land von außen definierten Standards wie Aufbau marktwirtschaftlicher und guter öffentlicher Strukturen (*good governance*) oder einer liberalen Demokratie erfüllt habe.

Guttal stellt fest, auch wenn die Rhetorik der Wiederaufbauprogramme vor Begriffen wie ‚Rechte‘, ‚Souveränität‘ und ‚Demokratie‘ nur so strotze, „so scheinen Länder im Wiederaufbau nicht das Recht zu haben, mit der makroökonomischen Orthodoxie brechen zu dürfen, die Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen in dieser Welt herauszufordern und eigene Wege hin zu einem Wiederaufbau ihrer Gesellschaften und Ökonomien zu entwickeln.“

Eine Studie über die bilateralen und multilateralen Nothilfeprojekte in Kambodscha zwischen 1992 und 1995 kommt zu dem Ergebnis, dass „bedauerlicherweise Hilfgelder, die in Krisenzeiten fließen, nicht unbedingt auf den Bedarf und das Aufnahmevermögen der Empfängerländer ausgerichtet sind, sondern eher mit dem politischen Nutzen, den sie für die Außenpolitik der Geberländer haben.“¹⁰ „Die Beteiligung von Internationalen Finanzinstitutionen“, so Guttal, „sichert, dass Politik und strukturelle Veränderungen, die den Interessen der Wohlhabenden und Mächtigen dienen, als ‚nationale Entwicklungspläne‘ ausgegeben werden“.

Weil Katastrophenländer immer auch als „gescheiterte Staaten“ angesehen werden, wird die Förderung von Demokratie zu einem wichtigen Anliegen der Geber in Nothilfeprogrammen. Diese seien „ein quasi-legitimer Weg für die wohlhabenden und mächtigen Länder, ihre Ansprüche auf natürliche Ressourcen und wirtschaftliche Gelegenheiten ganzer Regionen abzusi-

⁹ Der Artikel findet sich unter: <http://www.focusweb.org/main/html/Article591.html>

¹⁰ John P. McAndrew, *Aid Infusions, Aid Illusions, Bilateral and Multilateral Emergency and Development Assistance in Cambodia, 1992-1995*. Working Paper number 2, Cambodia Development Resource Institute, January 1996.

chern". Ein wesentliche Aufgabe von Weltbank und IWF sei es, den Schuldendienst zu gewährleisten.

Doch diese Programme hätten oft zu mehr Ungleichheit, Härten und gesellschaftlicher Polarisierung unter der lokalen Bevölkerung geführt, denen die Kenntnisse fehlten, die neuen Chancen des Marktes, die beim Wiederaufbau entstehen, zu nutzen.

In Kambodscha, so oben erwähnte Studie, fand man ausgebildete Ärzte, Lehrerinnen und Techniker, die in unqualifizierten Hilfstätigkeiten beschäftigt waren, während der Wiederaufbau von hochbezahlten ausländischen Expert/innen geplant und angeleitet wurde. Dabei betrug das Durchschnittseinkommen von Regierungsangestellten 40 US-Dollar, eine vergleichbare Position in einer internationalen Organisation brachte das Hundertfache ein.

In El Salvador zeigte sich nach Angaben von Alexandro Bendaña, dass der militärischen Gewalt nach Ende des Bürgerkrieges durch das neoliberale Design der Wiederaufbauprogramme eine Verschärfung ökonomischer struktureller Gewalt folgte, welche „genau so destruktiv und schwächend sein kann wie die physische Gewalt konventioneller bewaffneter Konflikte. Diese wirtschaftliche Gewalt wird aber selten als eine Form von Krieg wahrgenommen, der an einer Fortsetzung bewaffneter Konflikte oder an zivilen Unruhen mit Schuld ist.“

Für die meisten Bevölkerungen in Ländern im Wiederaufbau lässt sich Frieden nicht von sozialer und politischer Gerechtigkeit trennen. „Ein Wiederaufbauprogramm“, so Guttal, „das nicht zu einem Abbau von Arbeitslosigkeit und Ernährungsunsicherheit beiträgt (und diese möglicherweise sogar verschärft), das öffentliche Dienste profitorientierten Privatunternehmen übergibt und den Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheitsdiensten, Ernährung und Bildung behindert, dass die Unsicherheit von Frauen und gefährdeten Gruppen verschärft und die wirtschaftlichen Perspektiven lokaler Produzenten schwächt, indem die nationalen Grenzen unkontrolliert für Importe geöffnet werden, ist nicht minder gewalttä-

tig als die Vergangenheit, der man entkommen will.“

Aber Guttal wundert sich nicht darüber, dass die Akteure des Wiederaufbaus kaum bereit sind, die vom Markt geschaffenen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten wahrzunehmen. Denn es sind ja meist die selben, die glauben, dass eine freie Marktwirtschaft der effizienteste Weg sei, Ressourcen und Macht zu verteilen und sie sind es gewesen, die die Strukturanpassungsprogramme erfunden haben mit ihrem Mantra, „Wer sich entwickeln will, muss leiden“ (*no pain no gain*).¹¹

Christa Wichterich wundert es auch nicht. „Hier weiß die eine Hand sehr wohl, was die andere tut: Die eine versucht durch den verschärften Unterbietungswettbewerb die Rahmenbedingungen für ihre Gewinnerwirtschaftung zu verbessern, die andere übt sich dann in Wohltätigkeit aus der Portokasse derer, die ihre Gewinne wieder einmal satt haben steigern können.“ (taz, 14.2.2005).

Eben diese von Guttal beschriebenen Entwicklungen zeichnen sich nun auch im Flutgebiet ab. So spielen Weltbank, IWF und ADB bereits seit der asiatischen Wirtschaftskrise eine wesentliche Rolle bei der Ausgestaltung der indonesischen Wirtschaftspolitik und fordern seit jener ökonomischen Katastrophe Privatisierungen und andere marktfreundliche Regulierungen ein, berichtet das indonesische NGO-Netzwerk INFID. Ein neues Gesetz erlaubt die Privatisierung des Öl-, Gas- und Elekt-

¹¹ Möglicherweise geht es aber schon gar nicht mehr um wirkliche Entwicklung und die Bekämpfung der Armut. So schreibt Christa Wichterich in der taz vom 14.2.2005 „Der frühere Euphemismus neoliberaler Ökonomen, dass Liberalisierung und die intensivierte Standortkonkurrenz ein Win-win-Spiel seien, ist in allen neueren empirischen Studien und Politikpapieren zu den Folgen der Marktöffnung ersetzt durch die Formel: "Wie immer gibt es Gewinner und Verlierer" Strukturelle Ungleichheit, der systemische Widerspruch von Wohlstand und Armut, wird nun als quasi-natürliche Gesetzmäßigkeit akzeptiert. Weil aber Armut durch das Welthandels- und Finanzregime immer wieder neu erzeugt wird, ist nicht mehr von Armutsbeseitigung, sondern nur noch von Armutsreduktion die Rede.“

rizitätssektors. Große Supermarktketten wie Carrefour und Circle K dürfen seit der Liberalisierung des Einzelhandels in Indonesien aktiv sein. Infrastrukturentwicklung wird in Form von Megaprojekten, die viel ausländisches Kapital voraussetzen (und wegen ihres Ausmaßes die Korruption erleichtern) durchgesetzt. Beim Hildegipfel im Januar in Jakarta wurde bereits verabredet, dass Investitionen in die Strom- und Wasserversorgung, den Straßenbau und den Telekommunikationssektor zugelassen werden, was mit einer Privatisierung gleichbedeutend ist.

„Die Rolle der (Welt)Bank in Indonesien“, schreibt Binny Buchori von INFID, „war die, Investitionen und die Einbeziehung von Großunternehmen zu fördern statt Armutsbekämpfung und die Gewährleistung von mehr wirtschaftlicher Teilhabe.“

Eben diese Weltbank soll nun den Milliardenfonds verwalten, in den die Geberstaaten einzahlen sollen. „Planung und Abwicklung von Wiederaufbau-Projekten in Aceh“ so berichtet Moritz Kleine-Brockhoff, Südostasienkorrespondent mehrere deutscher Tageszeitungen, „soll ein Komitee überschauen, in dem vier Gruppen vertreten sind: Geber, Indonesiens Regierung, die Provinzregierung von Aceh und indonesische Nichtregierungsorganisationen.“

Ähnliches ist in Sri Lanka zu beobachten. Auch dort hat der IWF schon lange die Liberalisierung der Wirtschaft nach neoliberalen Muster vorangetrieben. Der Konflikt zwischen Tamilen und Staat, so langjährige Beobachter vor Ort, sei von der Regierung missbraucht worden, um dementsprechende ökonomische Reformen durchzudrücken. Nun habe die Regierung angeblich der Hochseeflotte Kanadas das Recht zugesichert, die Fischgründe vor der Küste auszubeuten, berichtet der Fischereiarbeiterverband von Sri Lanka.

Die Frage dabei ist nicht, ob es der Wiederaufbauhilfe bedarf oder nicht, die Frage ist vielmehr, wessen Interessen sie gegenwärtig dient und wie sie anders gestaltet werden sollte, damit sie wirklich der Entwicklung der Katastrophenregionen dient und nicht bloß e in hübsch verpackte Maßnahme

zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Industriestaaten ist.

Interesse an Schwachen Staaten

In Asien wird weithin anerkannt, dass die Ausbildung von starken und wirksamen Entscheidungsstrukturen (*governance*), die die Entscheidungsträger rechenschaftspflichtig machen und dem privaten Sektor die nötige Unterstützung und Rechtssicherheit bieten, eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der jeweiligen Länder ist. Doch genau das haben Strukturanpassungsprogramme und andere ausländische Interventionen, beginnend im Kolonialzeitalter, immer wieder verhindert.

Das Fehlen solcher Strukturen rächt sich nun. Die Staaten können nur unzureichend Nahrungsmittel, Wasser und Medikamente zur Verfügung stellen. „Während die öffentliche Hand gefordert ist, die Betroffenen mit Überlebensgütern und medizinischen Grunddiensten zu versorgen“, stellt Vandana Shiva in der taz fest „forciert die Globalisierung auf der anderen Seite die Privatisierung und die wirtschaftliche Integration in ihre Netzwerke. Wenn alle Nahrungsmittel und das Wasser zu Handelsgütern in Händen der globalen Konzerne gemacht werden - wie soll da die öffentliche Hand die Not lindern?“

Guttal wittert dahinter System. Staaten im Wiederaufbau würden vom internationalen Entwicklungsestablishment generell als Länder betrachtet, die Merkmale von „Versagerstaaten“ (failed states) aufweisen. Sie könnten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, es mangle ihnen an funktionierenden Rechtssystemen und demokratischen Strukturen, darum könnten sie Kriminalität und Korruption nicht wirksam bekämpfen.

Das dafür auch die neoliberalen Modernisierungsprogramme, die man etwa den Flutländern aufgezwungen hat, mitverantwortlich sind, dass diese Mängel auch auf die hohen Schuldendienstverpflichtungen zurückzuführen sind, das werde in den Analysen des IWF u.a. kaum berücksichtigt. Dass die Regierungen des Nordens sogar Diktaturen wie die eines Suharto in

Indonesien, der massive militärische Gewalt in Regionen wie Aceh eingesetzt hat, oder die autoritäre Regime in Thailand oder Sri Lanka gewähren ließen, das gerät aus dem Blick.

Und Guttal geht noch weiter. Er ist der Meinung, dass die Industrienationen sogar ein ausgesprochenes Interesse daran haben, diese schwachen Staaten zu erhalten. Nur so sei garantiert, dass die Länder im Katastrophenfall zu "Lasten der internationalen Gemeinschaft" werden und somit sich keiner Intervention, die diese „Gemeinschaft“ beschließt, entziehen können.

Jüngstes Beispiel ist die Schuldeninitiative der G7-Staaten unmittelbar nach dem Tsunami. Mehr als ein Schuldenmoratorium war nicht drin. Der Schuldendienst dürfe für eine Zeit lang ausgesetzt werden, die Schulden selber aber werden nicht gestrichen. (Indonesien etwa zahlt jährlich an Deutschland alleine 70 Millionen Euro Zinsen und schuldet alleine Deutschland 1,5 Milliarden Euro). So haben auch alle Flutländer mit Ausnahme Sri Lankas und der Seychellen dieses Moratorium abgelehnt. Sie fürchten um ihre Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten.

Weltbank, UN und die Geberstaaten können somit Entwicklungsaufgaben statt an den Staat an private Träger übergeben. Dienstleistungen, humanitäre Hilfe und sogar Sicherheitsaufgaben werden von Unternehmen und NGOs angeboten. Internationale NGOs aus den reichen Ländern sind quasi zu halboffiziellen Verteilern der Hilfe geworden.¹²

¹² In Kambodscha etwa machten die Geber den Aufbau von NGOs zur Voraussetzung für die Entwicklungshilfe, die dann die Entwicklungsgelder direkt von den Gebern erhalten sollten. Seit 1992 haben diese NGOs und einige internationale NGOs sich in vielen Bereichen von Nothilfe und Minenräumung über den Aufbau von Schulen und Krankenhäusern bis hin zur beruflichen Weiterbildung betätigt. All dies sind klassische Staatsaufgaben. Der genannten Studie zufolge wurde ein erklecklicher Teil der Hilfgelder nicht in Kambodscha selber ausgegeben und die Gelder meist von Ausländern verwaltet. Kein

„Ein neues Asien“, beklagen sich Kavita Philip und Usha Zacharias in der Asia Times, „bestätigt in den US-Medien nur die alten Stereotypen der ersten Welt. Unfähige Regierungen, unterwürfige und leidende Bevölkerungen, politische Aufstände und schlimme Naturkatastrophen. Wenn der wohlwollende Westen sie unterstützt, dann sind die von Armut geschlagenen Eingeborenen in der Lage, ihre angeborene Unschuld, Unverwüstlichkeit und Flexibilität freizusetzen, aber nur, sie wenn sie mit einer Portion Christentum von ihren vererbten Stammesfeindseligkeiten reingewaschen werden. (...) Indien geht im Bild von Flüchtlingslagern auf, dass Indien einer der führenden Nationen des Informationszeitalters ist, geht völlig unter.“

Fazit

Auch wenn die Flutwelle, so könnte das Fazit in den Worten der Redaktion von analyse + kritik vom 21. Januar lauten, „selbst nur ihrer eigenen und somit keiner Logik von Macht, Herrschaft oder Ausbeutung folgte, so trafen doch spätestens im Moment des Aufpralls der Flut an den Küsten beide Logiken zusammen. Dass so viele Menschen sterben mussten, ihre Existenzgrundlage verloren, liegt eben nicht in der Natur der Welle, sondern vor allem in der gegenwärtigen Struktur der Welt begründet - und die ist nun mal alles andere als "natürlich. (...) Wie auch immer man die Herrschaft der reichen kapitalistischen Industriestaaten über den Rest der Welt bezeichnet - als post- oder neokolonial, als imperial oder imperialistisch - sicher ist,

Wunder, dass die gesellschaftlichen Institutionen sich nur sehr langsam (wieder) ausbilden.

Ein Jahrzehnt später ist der Wiederaufbau im gerade unabhängig gewordenen Osttimor nach einem ganz ähnlichen Muster abgelaufen, nur dass nun private Unternehmen und "Berater" die zivilgesellschaftlichen Organisationen völlig in den Schatten stellten. Es war nicht unüblich, Ausländer in staatlichen Schlüsselpositionen anzutreffen. So wird dem ernststen Mangel an einheimischem Fachpersonal keine Abhilfe geschaffen - und Osttimor erwies sich als eine "fette Melkkuh für die internationale Wiederaufbauindustrie" (Guttal).

dass sie nicht zuletzt da vom Abstraktum zum Konkreten wird, wo auf Grund fehlender Vorwarnsysteme und unzureichender Infrastruktur aus einer Naturkatastrophe eine soziale Katastrophe wird.“

VIII. Ist die Bewusstseinswende angestoßen?

Bei so viel Eigeninteresse sollte man zwei mal nachdenken, wie beeindruckt man von der großzügigen "Hilfe" der Regierungen und Unternehmen der Industriestaaten sein sollte. Ein besonders altruistische Leistung ist es jedenfalls nicht, wenn Starbucks etwas von seinen großen Profiten, die es aus indonesischem Kaffee zieht, wieder zurückschickt und Coca Cola abgefülltes Wasser nach Südasiens spendet. Schließlich entschärfen sie damit auch den Ärger derjenigen, die vom Tsunami betroffen sind.

Wo sich Regierungen mit großen Defiziten in den staatlichen Haushalten rumschlagen und sich auch sonst durch ihre neoliberale Politik vieler Handlungsspielräume freiwillig entledigt haben, sie aber dennoch um Popularität kämpfen müssen, um Wahlen zu gewinnen, da kommt eine Naturkatastrophe nicht ungelegen. Hilfsprogramme, die den Eindruck von Tatkraft und Sorge um das Wohl von Menschen in Not vermitteln, dienen da als insgesamt preiswerte Investitionen, zumal auch noch die heimische Industrie gefördert werden kann.

„Naturkatastrophen stellen für Politiker das dar, was für den Verdurstenden die Oase in der Wüste ist“, so Ulrich Beck. „Sie können sich an den Quellen frisch sprudelnder Legitimation erlaben.“ Staaten und Regierungen können aus der unangenehmen Rolle von Angeklagten, Schurken und Versagern in die des Helfers und Helden schlüpfen.

So wenig Sinn es macht, an die Freiwilligkeit von Unternehmen zu appellieren, denn die entspricht weder der ökonomischen Logik noch dem Konkurrenzmechanismus des Marktes, so wenig sollten wir von Politikern erwarten, dass sie sich für das Wohl von Menschen einsetzen, die ihnen keine

Stimmen, also nichts zu bieten haben. Alles andere ist im Sinne des Soziologen Niklas Luhmann nichts als Rauschen. So richtig reagiert haben die Regierungen daher auch erst, als ihre Staatsvölker ihnen mit ihrer großen Spendenbereitschaft signalisiert haben, wie sehr ihnen die Hilfe für die Flutländer am Herzen liegt.

Wenn überhaupt, so könnte eine Lehre daraus sein, wird eine Änderung der Politik nur von unten angestoßen. Im Norden durch andere Konsumentenpräferenzen und mit Hilfe von sozialen Bewegungen, die eine ökonomisch alternative und ökologisch zukunftsfähige Weltpolitik einfordern – im Süden durch die Selbstorganisation der Benachteiligten, die ihre Interessen hör- und sichtbar vertreten.

So ist die eigentlich interessante Frage, ob sich im Bewusstsein der Menschen etwas geändert hat. Dass man mit einem solchen Thema eines Tages Wahlen gewinnen könne, wie Axel Vornbömen hofft, wird zwar wohl noch etwas dauern, aber immerhin hat eine Katastrophe auf der anderen Seite der Weltkugel die Öffentlichkeit bei uns monatelang beschäftigt. Die Schuldenfrage war sehr schnell wieder im Gespräch, das Bewusstsein dafür, dass ökologische Zerstörung die Folgen von Naturkatastrophen um einiges gravierender ausfallen lässt, hat sich verbreitet.

Ulrich Beck hat schon „das Ende der Anderen“ ausgemacht. „Asien ist plötzlich Europa, ist überall, ist ganz nah: Es gibt die Kategorie der Anderen nicht mehr! (...) Es ist der banale Kosmopolitismus des Massentourismus, der in den letzten zwanzig Jahren dazu geführt hat, dass sich Erste und Dritte Welt durchdringen, wenn auch in skandalösen Arm-Reich-Gegensätzen. Diese extensive Mobilität ist es, die das Desaster über alle geographischen und sozialen Grenzen hinweg persönlich macht. Jeder weiß: Das Gesicht der Tragödie könnte mein eigenes sein.“ Beck meint, dass die Krisenerfahrung der persönlichen Verwundbarkeit, der Unbegrenztheit und Austauschbarkeit der eigenen Lage mit der des Anderen (.) „im Alltag handelnder Hilfsbereitschaft Wurzeln (ge)schlagen“ habe.

Vorsichtiger ist da die Redaktion von analyse + kritik, sie glaubt aber zumindest, dass „die räumliche und damit auch visuelle, alltägliche und emotionale Ausgrenzung der ‚Anderen‘ zusehends schwieriger wird“.

IX. Weiter Denken – Welt verändern

Die „Scheinheiligkeit der Herrschenden dieser Welt“ (John Pilger) wird erst dann überwunden sein, wenn nicht nur die Opfer einer Naturkatastrophe für wert befunden werden die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erhaschen, sondern ebenso die Opfer neoliberaler Strukturanpassung und ökonomistischer Modernisierung.

Während „im derzeitigen westlichen Tau-mel für Superlative die angemessene Hilfsbereitschaft flugs zu einer uneingeschränkten Solidarität mit den Armen stilisiert“ werde, so Martina Backes von Fernweh, geht die Zerstörung, die weltweit durch fortgesetzte Untätigkeit in Bezug auf Schulden, Entwicklungshilfe und Handel verursacht wird, ungebremst weiter.

Weltweit leiden mehrere Milliarden Menschen permanent unter den Bedingungen, gegen die jetzt in den Flutgebieten Abhilfe geschaffen werden soll: kein Trinkwasser, kein Dach über dem Kopf, eine unzureichende medizinische Versorgung und keine Nahrungsmittelsicherheit. 1,4 Milliarden Menschen auf der Welt haben kein sauberes Wasser, im Laufe von zwei Wochen sterben in Asien genauso viele Menschen an vermeidbaren Krankheiten, wie der Flutkatastrophe zum Opfer gefallen sind.

Im Jahre 2003 waren 200 Millionen auf der Welt von Naturkatastrophen betroffen. 800 Millionen Menschen weltweit leiden an chronischem Hunger. 10 Millionen Menschen verhungern jedes Jahr, drei Millionen sterben an Aids. Gegen die zunehmende Verwüstung und Versteppung wird nichts unternommen.

Hilferufe für andere Krisenregionen der Welt blieben weitgehend ungehört. Die UNO hatte 2004 3,2 Milliarden Dollar (2,4 Milliarden Euro) für Krisen in Afrika erbeten, unter denen rund 29 Millionen Men-

schen leiden. Davon sind genau 4 Prozent zusammengekommen.

Während auf jedes Flutopfer am Indischen Ozean 500 US-Dollar Hilfe kommen, so bekommt nach Angaben der UN jemand in Uganda nur 50 Cent und im Sudan 16 US-Dollar. Wer bei Caritas International für Flutopfer spenden oder eine Patenschaft in Südasien übernehmen will, bekommt dort allerdings inzwischen die Empfehlung, Geld oder Tatkraft lieber in andere Regionen zu investieren.

Ein amerikanisches Forschungsinstitut hat ausgerechnet, dass Indonesien, Indien, Sri Lanka und Thailand 2004 1,8 Milliarden Dollar an Zöllen an die Vereinigten Staaten zahlten, fünfmal so viel wie Washington an Tsunamihilfe zugesagt hat. Und die britische Regierung hat in den letzten sechs Jahren 650 Millionen Pfund (930 Millionen €) an Exportbürgschaften für gescheiterte Waffengeschäfte allein mit Indonesien ausgegeben.

Ein erster Schritt wäre es, wenn alle EU-Mitglieder sich endlich mindestens 0,7 Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für die Bekämpfung der Armut in der Welt auszugeben. Deutschland hat dabei besonderen Nachholbedarf, es liegt mit gerade einmal 0,28 Prozent an sechstletzter Stelle in der EU. Auch einige ernsthafte Schritte beim Schuldenerlass über die peinlichen Goodwillaktionen im Rahmen des HIPC-Erlasses und substantielle Handels-erleichterungen für Entwicklungsländern ständen den Industriestaaten gut zu Gesicht. Arme Staaten brauchen keine Almosen, sondern eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft!¹³

¹³ In den Vereinigten Staaten regt sich bereits Widerstand gegen Forderungen nach der Beseitigung von Handelshemmnissen als Form der internationalen Hilfe, berichtet die FAZ am 14. Januar 2005. „Anlass sind Bemühungen von Ländern wie Sri Lanka und Thailand, ihren Zugang zum amerikanischen Markt für Textilien oder Garnelen zu verbessern.“ heißt es dort. „Sowohl die amerikanische Textilindustrie als auch die Garnelenfischer sehen sich seit geraumer Zeit von der Konkurrenz aus Asien bedroht. Die zuständige Handelskommission hat vor

Gerade hier bestünde eine Chance für Partnerschaften, Lerngemeinschaften internationaler Solidarität zu sein, die über reine "Projektpartnerschaften" als Spendervermittlungsinstanz hinausgehen. Aus den Flutregionen ist bekannt, dass Basisorganisationen nur an solchen Partnerschaften Interesse haben, deren Langfristigkeit und Nachhaltigkeit gesichert ist. Und die auf Gleichberechtigung angelegt sind. Zu schlecht sind die Erfahrungen mit kolonialer Wohltätigkeit, die meint, dass Nord-Süd-Beziehungen Einbahnstraßen von unbedürftigen Gebern und bedürftigem Nehmern seien. „Das beginnt damit“, so schreibt Thomas Seibert von *medico international*, dass hier ein ‚Modell‘ von Hilfe verbreitet wird, das die vieltausendfache spontane Bekundung von Hilfsbereitschaft und Solidarität für die jeweils eigenen Zwecke einspannt: von Seiten der Medien, der Politik, der Wirtschaft und auch des Hilfsbusiness. Wer wollte fortan behaupten, dass hier nichts zugunsten der Armen und Opfer unternommen würde, wer sieht nicht, dass es uns dagegen noch ‚ganz gut‘ geht, man sich folglich nicht so ‚haben‘ soll.“

Eigentlich sollte jedem, der sich nicht vor den Konsequenzen des Nachdenkens scheut, klar sein, dass es mit den vielgerühmten kleinen Schritten nicht getan ist. Doch die Welle internationaler Hilfsbereitschaft hat noch nicht zu wirklichen Reformen geführt. Äußerungen etwa des DGB-Chefs Michael Sommer und des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland Wolfgang Huber im Blick auf Hartz IV machen deutlich, dass manche glauben, Gestaltungsmacht gewinne man nur im Konkreten, wenn man auf Kritik an der ganzen Richtung verzichte.

kurzem in Washington befunden, dass die Einfuhr von Garnelen aus einer Reihe von Ländern, darunter auch Thailand und Indien, heimischen Fischern und den weiterverarbeitenden Betrieben Schaden zufügt. Die Entscheidung ebnet den Weg für mögliche Strafzölle.“ Eine gerechtere Lösung wäre es, so argumentiert ein Vertreterin der amerikanischen Garnelenfischer, „wenn Großhändler in den USA einen höheren Preis für die Shrimps zahlen würden.“

Nur für die, die ein Interesse daran haben, dass es zu mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt und einer Umgestaltung unserer Wirtschaftsweise kommt, **bevor** wir von den drohenden Umweltkatastrophen dazu gezwungen werden, kann die notwendige Umsteuerung unseres Entwicklungsweges ein Prozess zum gegenseitigen Vorteil sein. Die anderen seien darum gebeten zu überlegen, ob es nicht nur fair wäre, wenn die Länder des Nordens nach vielen Jahrhunderten Kolonialismus und Neokolonialismus mal einige Schritte zurücktreten und denen, die bislang nicht zum Zuge kamen, auch mal eine Chance zu geben. Das könnte auch eine Chance für uns sein, in Zeiten von Überproduktion und Massenarbeitslosigkeit mal darüber nachzudenken, ob das vielgerühmte westliche Entwicklungsmodell wirklich das Gelbe vom Ei ist.

Der Ort für Partnerschaft und Solidarität muss daher auch bei uns sein, es gilt das Bewusstsein zu schärfen, dass sich in der Flutkatastrophe auch ein nicht zukunftsfähiger Umgang mit Mensch, Natur und Gesellschaft dokumentiert hat, dass auch Deutschland ein Entwicklungsland ist, wenn wir wirklich eine Welt von morgen haben wollen. Ansonsten sind solche Partnerschaften nichts als Neokolonialismus mit einem gutmenschlichen Gesicht.¹⁴

Sartre sprach in diesem Zusammenhang von einem „rassistischen Humanismus“, der daraus resultiert, dass das Elend der Welt nicht vor den Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dominanz verstanden wird, sondern allein als Problem des Südens. Ein solches Mitgefühl ist nichts anderes als das „narzisstische Bedürfnis einer ausbeuterischen Bourgeoisie, sich gut zu fühlen“(so

¹⁴ Man erinnere sich nur daran, wie schäl so manche schauten, als während des Elbehochwassers 2002 in Mozambique Spenden für die Flutopfer gesammelt wurden. Belustigt bis verärgert war man – dashaben wir doch nicht nötig! Was als Solidarität daher kommt, ist leider oft auch einfach eine Form von philanthropische Mildtätigkeit, an die wir uns über die Jahrhunderte gewöhnt haben.

Sznaider in seiner Soziologie des Mitgeföhls).

„Ein globales Mitgeföhls, nicht nur für menschliches Leben, sondern für menschliche Würde“, so Harsha Walia aus Indonesien, „kann niemals erreicht werden, wenn braune Leiber auf Plantagen schwitzen, schufteten und sterben, nur um täglich 2 US-Dollar zum Leben zu haben, Tausende von Bauern sich das Leben nehmen, weil ihnen ihre Lebensgrundlagen gestohlen werden,

und Frauen und Kinder an den Knüppeln bewaffneter Polizisten vorbeiziehen, die die Tore der marktwirtschaftlichen Paradiese bewachen.“

„Die Welt“, so Thomas Gebauer von medico international, „leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die Hilfe in einem immer größer werdenden Maße notwendig machen.“

abgeschlossen am 7. März 2005